Offener Brief an unsere Abgeordneten des deutschen Bundestages

Sehr geehrter Herr Lange,

Sehr geehrter Herr Schmid,

wir, die OMAS GEGEN RECHTS aus dem Donau-Ries, die noch mit Erzählungen aus Zeiten des Nationalsozialismus aufgewachsen sind oder sich teilweise noch selbst an diese dunkle Zeit der Geschichte erinnern. **Wir haben Angst**, dass sich die Geschichte wiederholen könnte. Deshalb möchten wir uns heute mit einem wichtigen Anliegen an Sie wenden: **der Prüfung eines Verbots der AfD**.

Die AfD hat in der Vergangenheit immer wieder durch Äußerungen und Positionen auf sich aufmerksam gemacht, die als extremistisch, rassistisch und diskriminierend wahrgenommen werden. Wir möchten Ihnen einige Gründe für das Verbot der AfD dafür darlegen:

1. Verbreitung extremistischer Ideologien: Die Rhetorik der AfD steht im Widerspruch zu den Grundwerten unserer Demokratie, wie Toleranz und Gleichheit. Hass und Hetze gegenüber Minderheiten und Migranten, schüren Ängste und Vorurteile, was zu einer gefährlichen Spaltung unserer Gesellschaft führt.
2. Gefährdung der Demokratie: Extremistische Parteien gefährden die demokratische Ordnung, indem sie versuchen, die Gesellschaft zu polarisieren und demokratische Institutionen zu untergraben.
3. Ein Zeichen setzen: Die Denkweise „Was nicht verboten ist, kann doch nicht schlecht sein“ ist weit verbreitet. Ein Verbot würde eine klare Botschaft senden, dass extremistische Ansichten in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben.
4. Finanzierung durch Steuergelder: Es ist nicht hinnehmbar, dass Steuermittel zur Unterstützung einer Partei verwendet werden, die demokratische Werte untergräbt und die der Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem einstuft.
5. AfD-Mitglieder im Staatsdienst: Es ist besorgniserregend, dass Mitglieder der AfD in staatlichen Institutionen tätig sind. Ihre Präsenz im Staatsdienst kann das Vertrauen in die Neutralität und Integrität öffentlicher Strukturen gefährden und die Demokratie untergraben. In Bayern wurde einer Lehramtsstudentin und linken Aktivistin die Zulassung zum Referendariat verweigert, da das Bayerische Kultusministerium Zweifel an ihrer Verfassungstreue hat. Wird hier mit unterschiedlichem Maß gemessen?

Wir sind uns bewusst, dass ein Parteienverbot ein komplexer und rechtlich anspruchsvoller Prozess ist. Es erfordert sorgfältige Prüfung und die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben, um sicherzustellen, dass die Demokratie geschützt wird, ohne die Grundrechte zu verletzen. Dennoch glauben wir, dass es notwendig ist, alle Möglichkeiten zu prüfen, um Rechtsextremismus effektiv zu bekämpfen und unsere Gesellschaft zu schützen.

Dabei möchten wir betonen, dass "gute Politik" allein nicht ausreicht, um die AfD zurückzudrängen. Dieses Scheinargument erreicht uns immer wieder aus den Kreisen der CDU/CSU. Der Innenminister Andreas Dobrindt bricht Europarecht, wissentlich, dass die folgenden Instanzen das Verwaltungsgericht Berlin bestätigen werden. Ist die gute Politik? Auch hier ist ein Blick zurück hilfreich, das ganze erinnert sehr an Dobrindts Mautdebakel. Das kostete dem deutschen

Steuerzahler 243 Millionen Euro, diesmal wird der Preis deutlich höher sein!

Dobrindt hielt und hält an den von ihm veranlassten Rückweisungen nach Polen fest, trotz Bitten von Donald Tusk dies nicht zu tun, diese haben die Präsidentschaftswahlen dort beeinflusst. Wir wären dumm, würden wir dies nicht ernst nehmen, haben sich Rechtsextremisten erst einmal etabliert, können sie den Rechtsstaat von innenheraus umbauen und zerstören. Ähnliches sieht man in Ungarn und den USA.

Wir fordern Sie auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Verbreitung extremistischer Ideologien zu verhindern. Lassen Sie uns gemeinsam für eine Gesellschaft kämpfen, die auf Zusammenhalt und Verständnis basiert. **Prüfen Sie ein Verbot der AfD und setzen Sie sich für eine Zukunft ein, in der alle Menschen in Würde leben können.**

Uns alle treibt die Sorge um, dass sich das Zeitfenster der Geschichte schließt und wir dann in einer Diktatur aufwachen, in der Widerstand oder schon die freie Meinungsäußerung lebensgefährlich ist. Noch gibt es Menschen, die diese Zeiten kennen!

Mit freundlichen Grüßen

Die OMAS GEGEN RECHTS-Gruppe Donau-Ries

(namentliche Unterzeichnung)